Buckower Lokal-Anzeiger

Zeitung für die Märkische Schweiz — **Buckower Bade- u. Verkehrsanzeiger**

Erscheint wöchentlich dreimal (Dienstag, Donnerstag, Sonnabend). Bezugspreis mit Botenlohn in Buckow monatlich 1,10 R.-M., durch die Post bezogen 1,28 R.-M. einschließl. Bestellgeld. Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Kurt Sirch, Buckow / Fernsprecher Nr. 54

Anzeigenpreise: Die 6-gespaltene Petitzeile oder deren Raum 0,20 R.-M., im Werbeteil 0,50 R.-M. Anzeigenannahme an den Erscheinungstagen bis spätestens 9 Uhr vormittags. Druck und Verlag: Buchdruckerei Sirch, Buckow (Märkische Schweiz), Königstraße Nr. 4

Amtliches Verkündungsblatt für die städtischen Behörden von Buckow, sowie für die Gemeinden Waldsieversdorf, Bollersdorf, Hasenholz usw.

Beilagen: Dienstag: Zeitbilder, illustr. Unterhaltungsbeilage • Donnerstag: Der Garten und das Haus (14 täglich) • Sonnabend: Wort und Bild

Nr. 62 — Sonntag, den 21. Mai 1933 — 38. Jahrgang

Leistungsschau der Landwirtschaft

Musterbeispiel für die Lebenskraft des deutschen Bauerntums — Eröffnung der deutschen Gartenbau-Ausstellung

Treuhänder der Arbeit

Berufsständische Sozial- und Wirtschaftsordnung

Berlin, 20. Mai.

Das vom Reichskabinett verabschiedete Gesetz über Treuhänder der Arbeit sieht die Einsetzung von Treuhändern der Arbeit vor, denen in erster Linie die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen übertragen wird. Diese Regelung wird in Zukunft nach vollendetem Aufbau einer berufsständischen Sozial- und Wirtschaftsverfassung Aufgabe der Berufsstände sein, also nicht mehr wie bisher durch Verbände erfolgen, die ohne Verbundenheit im Berufsstand sich als klassenmäßige Gegenspieler gegenüberstehen.

Den Gewerkschaften fehlt zurzeit noch, auch nach ihrer Umstellung in der Leitung, der Zusammenschluß auf berufsständischer Grundlage. Es würde daher mit der für die Zukunft beabsichtigten Regelung nicht zu vereinbaren sein, in der Uebergangszeit die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen von den bisherigen Organisationen durchführen zu lassen. Ebenso sind auch die Verbände der Arbeitgeber in der Umstellung begriffen und kommen daher als Tarifkontrahenten im gegenwärtigen Augenblick rechtlich nicht in Frage.

Neben der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen haben die Treuhänder der Arbeit alle Maßnahmen zu treffen, die der Aufrechterhaltung des Arbeitsfriedens dienen, auch sollen sie zur Mitarbeit an der Vorbereitung der neuen Sozialversicherung herangezogen werden.

Das Gesetz über weitere Maßnahmen auf dem Gebiete der Zwangsvollstreckung umfaßt 8 Artikel. Es sieht nach verschiedenen Richtungen eine wesentliche Erweiterung des Vollstreckungsschutzes für nichtlandwirtschaftliche, forstwirtschaftliche oder gärtnerische Betriebe vor.

Die Zwangsversteigerung eines Grundstückes ist auf die Dauer von längstens 6 Monaten nach dem neuen Gesetz einstweilen einzustellen, wenn die Nichterfüllung der fälligen Verbindlichkeiten auf Umständen beruht, die in der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung begründet sind und die abzuwenden der Schuldner nicht in der Lage war.

Nach dem neuen Gesetz soll ferner die erneute Einstellung der Zwangsvollstreckung nicht nur zweimal sondern mehrmals zulässig sein. Die erneute Einstellung ist auch dann zulässig, wenn der Schuldner einer ihm bei der vorausgegangenen Einstellung auferlegten Zahlungsauflage unverschuldet nicht nachgekommen ist. Von besonderer Bedeutung ist auch eine neue Einfügung in diesem Gesetz, die den Schutz der unverschuldet in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Schuldner gegen Zwangsvollstreckungseingriffe in seinem Hausrat, Gerätschaften und Vorräte vorsieht. Dieser Schutz ist befristet bis zum 31. März 1934.

Ebenfalls für die Zeit bis zum 31. März 1934 befristet ist eine wesentliche Einschränkung der Verpflichtung zur Leistung des Offenbarungseides.

Der Schuldner soll die Leistung des Offenbarungseides und damit auch die Eintragung in die schwarze Liste regelmäßig dadurch abwenden können, daß er eine dem Offenbarungseid inhaltlich entsprechende einfache Versicherung abgibt. Genügt er dieser Auflage, so soll es zur Eidesleistung nur dann kommen, wenn die Eidesleistung zur Herbeiführung einer wahrheitsgemäßen Vermögensangabe notwendig erscheint.

Das Gesetz zum Schutze der nationalen Symbole

verbietet, die Symbole der deutschen Geschichte, des deutschen Staates und der nationalen Erhebung in Deutschland öffentlich in einer Weise zu verwenden, die geeignet ist, das Empfinden von der Würde dieser Symbole zu verletzen. Die Prüfung und Entscheidung, ob ein Gegenstand unter Mißbrauch eines nationalen Symbols in den Verkehr gebracht worden ist, soll im Verwaltungsverfahren stattfinden.

Das Mittel, mit dem den Mißbräuchen in diesen Fällen begegnet wird, soll die entschädigungslose Einziehung sein. Mit Rücksicht auf die Vermögensnachteile, die mit der Einziehung verbunden sind, wird die Möglichkeit einer Beschwerde gegeben. Entschädigungen sollen in keinem Falle gewährt werden, auch wenn der Betroffene schließlich obsiegt.

Endkampf in Genf

Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen. — Hendersons Dank an Roosevelt.

Genf, 20. Mai.

Der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz trat am Freitagnachmittag unter dem Vorsitz des Präsidenten Henderson zusammen. Henderson verlas zunächst den Wortlaut der Botschaft Roosevelts. Im Anschluß daran hielt Henderson eine Rede, in der er darauf hinwies, daß nach der Botschaft Roosevelts als zweites großes Ereignis die Rede anzusehen sei, die der Reichskanzler im Reichstage gehalten habe. Henderson analysierte sodann die beiden Kundgebungen des amerikanischen und des deutschen Staatsmannes.

Im einzelnen führte Henderson aus, er spreche dem amerikanischen Präsidenten den Dank des Hauptausschusses für seine mutige Initiative aus und er freue sich, daß verschiedene Regierungen diesen Dank ebenfalls dem amerikanischen Staatsoberhaupt ausgesprochen hätten, insbesondere auch der deutsche Reichskanzler. Er würde es für das zweckmäßigste halten, wenn der Hauptausschuß sich dazu entschließe, die Vorschläge Roosevelts in den englischen Abrüstungskonventionsentwurf einzuarbeiten. Dadurch werde es wahrscheinlich möglich sein, die meisten der Abänderungsvorschläge, die zu MacDonalds Plan eingereicht worden sind, zurückzuziehen.

Was Deutschland erwartet

Nach der Rede Hendersons ergriff sofort der Vertreter Deutschlands, Botschafter Nadolny, das Wort. Er verwies auf die Reichstagsrede des Reichskanzlers und die zustimmende Antwort, die der Reichspräsident auf die Botschaft des Präsidenten Roosevelt erteilt hat und erklärte weiter:

„Beide Kundgebungen sind ein starkes Bekenntnis zum Gedanken der Notwendigkeit der allgemeinen Abrüstung, ohne die eine Sicherheit der Nationen nicht verbürgt werden kann und ein starkes Zeugnis des Willens, mit aller Kraft dazu beizutragen, diese Konferenz noch vor dem Beginn der Weltwirtschaftskonferenz zu einem positiven Ergebnis zu bringen.

Das deutsche Volk erwartet nach wie vor von dieser Konferenz zwei Ergebnisse: Sicherheit durch Abrüstung der **hochgerüsteten Staaten und Verwirklichung der deutschen Gleichberechtigung. Es glaubt, daß der britische Konventionsentwurf eine mögliche Grundlage für die Lösung dieser Probleme bieten kann. Ich kann daher hiermit im Namen meiner Regierung erklären, daß wir diesen Entwurf nicht nur wie bisher als Diskussionsbasis, sondern als Grundlage für die abzuschließende Konvention annehmen. Soweit wir Aenderungen vorzuschlagen haben, werden sie dieser Einstellung entsprechen."**

„Ich hoffe", so schloß Nadolny, „diese Erklärungen zeigen Ihnen aufs neue, mit welchem Geiste der Mäßigung und der Verständigung wir an dem Zustandekommen der Konvention mitarbeiten. Ich spreche die Hoffnung aus, daß auch die anderen Staaten das ihre tun, um ihre Interessen in den Rahmen eines positiven Ergebnisses so, wie es sich auf der Grundlage des britischen Konventionsentwurfes nunmehr abzeichnen scheint, einzuordnen."

Neues in Kürze

Reichspräsident von Hindenburg empfing den Reichskanzler Adolf Hitler sowie den Reichsminister des Innern Dr. Frick zum Vortrag.

Das Reichskabinett befaßte sich in seiner Freitagsitzung mit einer Reihe wirtschaftspolitischer und rechtlicher Fragen.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat seine Rückreise in England unterbrochen, um in London mit dem Präsidenten der Bank von England, Montague Norman, zusammenzutreffen.

Botschafter Nadolny ist im Flugzeug in Genf eingetroffen. Gleichzeitig ist auch der amerikanische Delegierte Norman Davis auf der Abrüstungskonferenz erschienen.

An den Beisetzungsfeierlichkeiten für den verstorbenen General von Francois, einen der Heerführer des Weltkrieges, nahm auch Reichspräsident von Hindenburg teil.

Altonas Oberbürgermeister unter Korruptionsanklage. Wegen Korruption ist gegen den früheren Oberbürgermeister Brauer-Altona, den früheren Theaterdirektor Ellen-Zweig-Hamburg und den früheren Senator Kirch-Altona Anklage erhoben worden. Die Angeschuldigten Brauer und Kirch sind der passiven, der Angeschuldigte Ellen der aktiven Beamtenbestechung dringend verdächtig. Außer diesen strafbaren Handlungen wirft die Anklage den Angeschuldigten Brauer und Kirch Abgabe von wissentlich falschen eidesstattlichen Versicherungen vor. Die Hauptverhandlung wird voraussichtlich Mitte Juni stattfinden. Der Angeschuldigte Brauer konnte bisher nicht ausfindig gemacht werden.

Deutsches Bauerntum

Von Dr. Walter Darré.

Am heutigen Sonnabend wird in Berlin die große Deutsche Landwirtschaftsschau, die 39. Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, eröffnet.

Wenn einmal dem Geschichtsschreiber die Aufgabe zufällt, über die politische Entwicklungsgeschichte der Nachkriegszeit zu schreiben, so wird er dem Weg des deutschen Bauerntums dabei einen ganz besonders breiten Raum widmen müssen. Alle Stände haben in der Verfallszeit der verflossenen 14 Jahre unsagbar gelitten und unerhörte Opfer bringen müssen. Aber das Bauerntum ist doch unter der Herrschaft liberalistisch-marxistischer Machthaber das Stiefkind überhaupt gewesen. Die Wirtschaftspolitik — wenn man davon überhaupt noch sprechen darf — wurde fast ausschließlich auf dem Rücken des Bauern gemacht, und wo man zum Scheine eingreifen wollte, handelte es sich um völlig unzulängliche Maßnahmen, die niemals das Uebel an der Wurzel packten und vor der Oeffentlichkeit noch als die berüchtigten „Subventionen" für die Landwirtschaft erklärt wurden. So hat man jahrelang von der Rückständigkeit des deutschen Bauern gesprochen, der nur aus Steuergeldern und anderen öffentlichen Mitteln erhalten werden könne und sozusagen auf dem Rücken der übrigen Volksgenossen lebe. In der Tat war der Niedergang der Landwirtschaft aber keine Folge von Rückständigkeit, sondern das Ergebnis einer Wirtschaftspolitik, die in der Erhaltung des Bauerntums, also der Grundlage der Nation, niemals ihre Aufgabe sehen wollte. Das muß mit aller Deutlichkeit vor der Oeffentlichkeit immer wieder unterstrichen werden, wenn die Lage der Landwirtschaft zur Rede steht. Der Bauer draußen wünscht keine Wohltätigkeitspfennige, sondern verlangt nur sein Lebensrecht!

Die 39. Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, die jetzt nach langen Jahren wieder einmal in der Reichshauptstadt stattfindet, ist in ihrem gewaltigen Aufbau und in ihren Leistungen, die dort von der Landwirtschaft vor den Augen der gesamten Oeffentlichkeit zur Schau gestellt werden, die beste Wiederlegung für die anmaßende Unterstellung von der „Rückständigkeit des deutschen Bauern". Hier sieht man einmal zusammenfassend, welch ungeheure Leistungen trotz der Schwierigkeiten, trotz der Hemmnisse der vergangenen Jahre auf allen Gebieten der Landwirtschaft, der Vervollkommnung der Bodenbearbeitung, der Saatzucht, der Pferde-, Rindvieh-, Schweine- und Schafzucht, der Milchwirtschaft, der Erzeugung von Markenware, des Gartenbaues, der Forstwirtschaft usw. geleistet worden sind. Was hier zur Schau gestellt wird, kann getrost als Beispiel in der ganzen Welt gelten, und alle die Bauern, die aus deutschen Provinzen und Gauen in der Woche vom 20. bis 28. Mai in der Reichshauptstadt zusammenströmen, können mit einem Gefühl des inneren Stolzes auf diese große Wanderausstellung der DLG. blicken, die schließlich eine Leistungsschau des deutschen Bauern selbst ist.

Eine neue Zeit ist in Deutschland angebrochen. War der deutsche Bauer in der Vergangenheit das Stiefkind aller wirtschaftspolitischen Maßnahmen, so ist die Erhaltung seiner Existenz in Deutschland unter der Führung Adolf Hitlers nunmehr in den Mittelpunkt alles Handelns getreten. Das nicht um die Bevorzugung eines Standes willen, sondern in der klaren Erkenntnis, daß Deutschland auf die Dauer nur wird bestehen können, wenn die Nation ein starkes Bauerntum besitzt und jeder einzelne von uns den tiefen Sinn des Gedankens von Blut und Boden in sich aufgenommen und erfaßt hat. Adolf Hitler sagte vor den Vertretern der deutschen Bauern vor kurzem: „Daß ein Volk ohne Städter bestehen konnte, wissen wir aus der Geschichte. Daß es ohne Bauern bestehen könnte, ist unmöglich." Damit hat der Führer die Bedeutung des Bauern am treffendsten gekennzeichnet.

Größte Landwirtschaftsschau

Die 39. Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft ist die größte Schau landwirtschaftlicher Erzeugnisse und Bedarfsanlagen, die in der Reichshauptstadt, ja in ganz Deutschland jemals gezeigt worden ist. Das weit ausgedehnte Ausstellungsgelände umfaßt 45 Hektar. Das eigentliche Herz der gewaltigen Ausstellung bildet die aus über 2500 Exemplaren deutscher Edeltierzucht bestehende Tierschau.

In 14 Sonderzügen sind die besten deutschen Zuchttiere aus allen Gegenden Deutschlands nach Berlin geschafft worden.